

Villa Buth: Kreis-Grüne scheitern mit Resolution

Erhalt des NS-Erinnerungsortes: Nur UWG und Linke stimmen zu. Gibt es mittlerweile ein Konzept für die Villa?

VON SANDRA KINKEL

KREIS DÜREN/JÜLICH Die Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen zum Erhalt der Villa Buth in Jülich-Kirchberg lassen sich in drei prägnanten Punkten zusammenfassen: keine Streichung aus der Denkmalliste, kein Abriss, dafür jedoch eine Stärkung der Erinnerungskultur. Eine entsprechende Resolution hatten Gudrun Zentis und ihre Parteikollegen für die jüngste Sitzung des Kreisausschusses am Dienstag nachmittag vorbereitet. Sie wurde mit großer Mehrheit mit den Stimmen von CDU, SPD und AfD abgelehnt. Neben den Grünen sprachen sich lediglich die UWG und die Linke für die Resolution aus.

Die frühere Fabrikantenvilla Buth wurde während der NS-Zeit als Internierungslager für etwas mehr als 150 jüdische Bürgerinnen und Bürger aus dem Jülicher Land genutzt, bevor sie in Konzentrationslager deportiert und dort ermordet wurden. Historiker sprechen deshalb von einem



Der Kreisausschuss hat sich mehrheitlich gegen eine Resolution zum Erhalt der Villa Buth in Kirchberg entschieden.

FOTO: BURKHARD GIESEN

„
Letztlich war die Villa Buth die Vorstufe zur Ermordung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern im Osten.“

Gudrun Zentis

Fraktionssprecherin Bündnis 90/Die Grünen

der wenigen erhaltenen originalen Erinnerungsorte an die Verbrechen und Opfer des NS-Regimes. „Sie spiegelt in klarer Art und Weise“, heißt es in der Resolution der Grünen, „die in unserer Region nicht in befriedigender Weise dargestellte Opferperspektive wider.“ Daher sei die Villa Buth besonders wertvoll und müsse eine zentrale Rolle in der Erinnerungskultur der gesamten Region spielen.

„Juden aus dem Kreis Jülich“, erklärte Fraktionssprecherin Zentis, „wurden ab dem 15. März 1941 von der Gestapo in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen gezwungen, ihre Haushalte aufzulösen und Zwangswohnungen in der Villa Buth zu beziehen.“ Ziel sei es gewesen, Juden aus dem öffentlichen Leben zu entfernen und den Kreis Jülich „judenfrei“ zu machen. Zentis: „Letztlich war die Villa Buth die Vorstufe zur Ermordung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern im Osten.“

Laut Ansicht der Grünen dürfte die Villa Buth nach bisherigen Recherchen das erste Lager dieser Art gewesen sein – im gesam-

ten damaligen Reich. Zentis: „Natürlich ist diese Villa ein schweres Erbe. Aber man darf sich dieses Erbes trotzdem nicht entziehen. Eine Gedenktafel irgendwo als Ort der Erinnerung reicht einfach nicht. Und wir müssen als Kreispolitiker entsprechend Haltung zeigen.“

Wer sich jemals in der Gedenkstätte Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Israel mit den Schicksalen der ermordeten Juden beschäftigt habe, ergänzte Zentis, wisse, wie vorsichtig man

sein müsse, Orte wie die Villa Buth zu zerstören. Genau wie Georg Schmitz von der UWG und auch AfD-Kreisausschussmitglied und Landtagsabgeordneter Klaus Esser berichtete Zentis, dass es mittlerweile ein tragfähiges Konzept für den Erhalt der Villa Buth gebe. „Und zwar eines, das kostenneutral für den Eigentümer der Villa und die Stadt Jülich ist.“

Das Land NRW, erklärte Esser, habe sich als Standort für das erste Bildungszentrum (Education

Center) der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem außerhalb Israels beworben, die Städte Düsseldorf und Köln seien noch im Rennen. Hier könnte die Villa Buth eine Rolle spielen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Maria Schoeller betonte, dass es allen klar sei, wie wichtig das Gedenken an den Holocaust sei. „Sie haben sehr emotional vorgebracht“, sagte die Christdemokratin in Richtung Gudrun Zentis. „Und natürlich muss dieses Gremium Haltung zeigen. Es muss

sich aber ausschließlich um die Dinge kümmern, die es ändern kann. Was die Villa Buth angeht, muss die Stadt Jülich handeln, nicht wir.“ Ihre Fraktion habe deswegen die grundsätzliche Entscheidung getroffen, nie eine

„
Natürlich muss dieses Gremium Haltung zeigen. Es muss sich aber ausschließlich um die Dinge kümmern, die es ändern kann. Was die Villa Buth angeht, muss die Stadt Jülich handeln, nicht wir.“

Dr. Maria Schoeller

CDU-Fraktionsvorsitzende

ANGEMERKT

Villa Buth darf kein Mahnmal des Wegsehens werden

Natürlich – die Entscheidung, ob die ehemalige Fabrikantenvilla Buth in Jülich-Kirchberg, die während der NS-Zeit als Internierungslager für etwas mehr als 150 jüdische Bürgerinnen und Bürger aus dem Jülicher Land genutzt wurde, bevor sie in Konzentrationslager deportiert und dort ermordet wurden, liegt in erster Linie bei der Stadt Jülich. Wobei die kurz vor Weihnachten im Gespräch mit unserer Zeitung noch erklärt hatte, die Stellungnahme der Unteren Denkmalbehörde „zeitnah dem Landschaftsverband Rheinland und der Oberen Denkmalbehörde zur offiziellen Beteiligung“ zuzuleiten. Damit wäre der Kreis Düren im Boot, schließlich gehört die Obere Denkmalbehörde zur Kreisverwaltung. Aber sei's drum.

Der Kreisausschuss hat sich am 27. Januar, also am offiziellen Gedenktag an die Opfer des

Nationalsozialismus, entschieden. Und er hat es sich mit der Begründung von CDU, SPD und AfD, sich eben nicht in Angelegenheiten der Stadt Jülich einmischen zu wollen, viel zu einfach gemacht. Er hat sich weggeduckt, und er hat es verpasst, Haltung zu zeigen und ein Stück weit auch historische Verantwortung zu übernehmen. Wenn ein Gebäude, das so klar mit der NS-Zeit verknüpft ist, abgerissen wird, betrifft das längst nicht mehr nur die Stadt Jülich. Erinnerungskultur endet nicht an kommunalen Grenzen, sondern ist vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Gerade in Zeiten, in denen Geschichtvergessenheit und Antisemitismus wieder salonfähig zu werden drohen, bräuchte es Mut, Haltung und den Willen, Orte des Erinnerns zu bewahren. Stattdessen wählt der Kreistag den bequemen Weg: formale Zuständigkeiten

vorschieben, anstatt sich politisch zu positionieren.

Wer so argumentiert, macht es sich nicht nur zu einfach – er sendet ein fatales Signal. Die Villa Buth, laut Experten eine der wenigen erhaltenen originalen Erinnerungsorte an die Verbrechen und Opfer des NS-Regimes, könnte ein Mahnmal sein. Ein Erinnerungsort mit Strahlkraft weit über Jülich und den Kreis Düren hinaus. Ihr Abriss dagegen wäre ein Mahnmal des Wegsehens.

Sandra.Kinkel@aachener-zeitung.de

SANDRA KINKEL



Resolution zu verabschieden, die sich mit Themen beschäftige, die in Kreis-Kommunen kontrovers diskutiert würden. Mit Blick auf die aktuelle Resolution sagte Schoeller deutlich: „Wir sind nicht betroffen. Und es steht uns nicht zu, Angelegenheit der Stadt Jülich mit einer Kreis-Resolution zu untergraben.“

Ähnlich sieht das Jonas Lenzen von der SPD: „Unsere Haltung ist an dieser Stelle sehr klar und sehr eindeutig. Wir haben die Frage, ob wir der Resolution zustimmen können oder nicht, rein formal betrachtet.“